

Die europäische Landwirtschaft vor ihren Herausforderungen: Krise oder Chance zur Transformation?

Hervé Pillaud - 18 Feb 2025

"2024 wird ein entscheidendes Jahr für die europäische Landwirtschaft bleiben, die mit großen klimatischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Krisen konfrontiert ist. Die neue Europäische Kommission zeigt ihren Willen, ehrgeizige Transformationen auf dem schmalen Grat zwischen Wettbewerbsfähigkeit (neues Brüsseler Mantra) und Nachhaltigkeit, Freiwilligkeit und haushaltspolitischem Realismus fortzusetzen." Diese Studie befasst sich mit den landwirtschaftlichen Herausforderungen, denen sich die Europäische Union stellen muss, um ihren Platz auf dem Schachbrett der Welternährung zu behalten.



[Neuigkeiten](#) | [Wahlen](#) | [Stiftung](#) | [Kommission](#) | [Parlament](#) | [Diplomatie](#) |

[Deutschland](#) | [Österreich](#) | [Spanien](#) | [Frankreich](#) | [Italien](#) | [Polen](#) |

[Rumänien](#) | [Armenien](#) | [Republik Moldau](#) | [Ukraine](#) |
[Europäischer Menschengerichtshof](#) | [NATO](#) |

[Berichte / Studien](#) | [Eurobarometer](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Im Angesicht des Gespenstes von 1938

Es ist eher ein Abenteuer, ein Moment der Wahrheit für einen Kontinent, der einmal mehr mit dem Krieg konfrontiert ist und sich ihm stellen muss, auch militärisch." Ein expansionistisches und diktatorisches Gespenst schwebt über Europa, das sich mit einer instabilen Position des historischen Verbündeten USA konfrontiert sieht. Keine Verhandlung über den russisch-ukrainischen Konflikt wird ohne die Europäer stattfinden, die den Ausgang diktieren werden. [Fortsetzung](#)

■ Wahlen :



Konstantinos Tasoulas zum Präsidenten der Griechischen Republik gewählt.

Das griechische Parlament wählte Konstantinos Tasoulas nach dem vierten und letzten Wahlgang am 12. Februar zum Präsidenten der Hellenischen Republik. Er wurde von der regierenden Partei Neue Demokratie unterstützt und erhielt 160 der erforderlichen 151 Stimmen. Der ehemalige Präsident der Vouli, des griechischen Parlaments, wird Mitte März die Nachfolge von Ekateríni Sakellaroπούλου antreten, die als erste Frau zur Präsidentin des Landes gewählt wurde. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER JOURNALISTENPREIS
PRIX FRANCO-ALLEMAND DU JOURNALISME



Beginn der Bewerbungsfrist für den Deutsch-Französischen Journalistenpreis

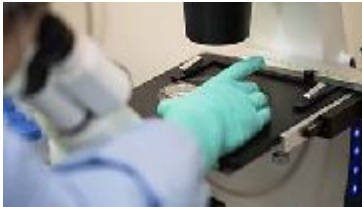
Die Ausschreibung für die Ausgabe 2025 des Deutsch-Französischen Journalistenpreises ist noch bis zum 1. März geöffnet. Journalisten und Content Creators können ihre Arbeiten einreichen, wobei die Palette der möglichen Themen sehr breit gefächert ist: vom Alltagsleben der Bürger über Analysen und Reportagen bis hin zu Recherchen, die darauf abzielen, die politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte der Welt zu entschlüsseln. Das Jahr 2025 bringt eine Neuheit mit sich: Der Alfred-Grosser-Preis, ein Preis, der der Wissenschaftsvermittlung im deutsch-französischen und europäischen Kontext gewidmet ist, wird zu Ehren von Alfred Grosser, einer wichtigen Figur bei der Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, ins Leben gerufen. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Konstituierende Sitzung des Europäischen Ausschusses für Mediendienste

Der Europäische Ausschuss für Mediendienste hielt am 10. Februar seine konstituierende Sitzung ab. Dieser Ausschuss ist ein unabhängiges Beratungsgremium und wird die Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste fördern. Er ersetzt und führt die Arbeit der Gruppe Europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste fort. Der neue Ausschuss wird somit die Aufgabe haben, Stellungnahmen zu nationalen Maßnahmen in diesem Sektor sowie zu gemeinsamen Maßnahmen für den Binnenmarkt für Mediendienste abzugeben. Carlos Aguilar Paredesas und Amma Asante wurden zum Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden des Gremiums gewählt. [Fortsetzung](#)



Vergabe von Marie-Curie-Stipendien für Postdoktoranden

Die Europäische Kommission hat am 11. Februar die Ergebnisse der Ausschreibung der Marie Skłodowska-Curie Postdoctoral Fellowships für das Jahr 2024 bekannt gegeben. Diese Stipendien stellen eine Gesamtfinanzierung von 417 Millionen € im Rahmen von Horizon Europe, dem Forschungsprogramm der EU, dar. Mit diesen Mitteln werden 1696 Postdoc-Forscher bei der Entwicklung ihrer Projekte unterstützt, insbesondere in den Bereichen Sozialwissenschaften (23% der Projekte), Biowissenschaften (21%) und Informationswissenschaften und Ingenieurwesen (15,63%). Die nächste Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen für diese Stipendien wird am 8. Mai 2025 stattfinden. [Fortsetzung](#)



Vorstellung des Arbeitsprogramms 2025

Die Europäische Kommission hat am 11. Februar ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2025 angenommen. Das erklärte Ziel ist es, etwas für die Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherheit und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union zu tun. Außerdem wurde der Wille kommuniziert, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die EU-Regeln über die Omnibus-Richtlinie zu vereinfachen. Die Konkretisierung des neuen Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit wurde ebenfalls erwähnt, ebenso wie die Vorstellung des neuen mehrjährigen Finanzrahmens. [Fortsetzung](#)



Start der Initiative InvestAI

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen besuchte den KI-Aktionsgipfel in Paris. Am 11. Februar kündigte sie den Start einer Initiative für massive Investitionen in künstliche Intelligenz an. Diese Initiative hat ein Volumen von fast 200 Milliarden €, wovon 20 Milliarden € für KI-Gigafabriken bestimmt sind. Diese Fabriken sind insbesondere auf das Training von komplexen und großen KI-Modellen spezialisiert. [Fortsetzung](#)

■ Parlament :



Jahresbericht der EZB

Anlässlich des Jahresberichts der Europäischen Zentralbank für 2024 verabschiedeten die Europaabgeordneten am 11. Februar Empfehlungen für die EZB und forderten, dass die Institution mehr zur Eindämmung der Inflation unternehmen und die Auswirkungen von Krieg und Konflikten auf die Preisstabilität bewerten solle. [Fortsetzung](#)



Erneuerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Ukraine.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 11. Februar das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Ukraine erneuert. Das Abkommen zielt darauf ab, Aktivitäten in wissenschaftlichen und technologischen Bereichen von gemeinsamem Interesse zwischen den beiden Parteien zu fördern, zu entwickeln und zu erleichtern. Das Abkommen ermöglicht unter anderem die Teilnahme ukrainischer Einrichtungen an wissenschaftlichen und technologischen Projekten der EU sowie den Austausch von Informationen über wissenschaftliche Verfahren und Rechtsvorschriften. [Fortsetzung](#)

TVA

Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter

Am 12. Februar gab das Europäische Parlament grünes Licht für ein Update der Mehrwertsteuerregeln, um sie an das digitale Zeitalter anzupassen. Diese sieht vor, dass bis 2030 die Mehrwertsteuer auch auf Dienstleistungen, die über Online-Plattformen erbracht werden, anwendbar sein soll. Diese Aktualisierung ermöglicht es somit, eine unfaire Praxis für den Wettbewerb mit ähnlichen Produkten, die auf traditionelle Weise geliefert werden, zu beenden und den Mehrwertsteuerbetrug zu bekämpfen. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Weitere Verschlechterung der politischen Lage in Georgien

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verabschiedeten am 13. Februar eine Resolution, in der sie bekräftigen, dass die selbsternannten Behörden des Georgischen Traums in Georgien keine Legitimität besitzen und Salome Surabischwili als rechtmäßige Präsidentin des Landes betrachten. Sie rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, sich diesem Boykott der georgischen Führung anzuschließen. [Fortsetzung](#)

■ Diplomatie :



Internationale Konferenz zu Syrien

Am 13. Februar fand in Paris die Syrien-Konferenz statt, an der Staatspräsident Emmanuel Macron, der französische Außenminister Jean-Noël Barrot, sein syrischer Amtskollege Assaad Hassan el-Chibani, Delegationen der Nachbarstaaten Syriens, der Vereinigten Staaten, aber auch der Liga der Arabischen Staaten, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen teilnahmen. Die Teilnehmer unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung über die Anerkennung und Unterstützung der syrischen Übergangsregierung, die Koordinierung der humanitären Hilfe und die Anerkennung der Bedeutung des syrischen Kulturerbes für die Entwicklung des Landes. [Fortsetzung](#)



Treffen zur Ukraine in Paris

Am 12. Februar empfing der französische Außenminister Jean-Noël Barrot seine Amtskollegen aus Deutschland, Polen, Spanien und Italien zu den sogenannten Weimar-Gesprächen. Zu ihnen gesellten sich der britische und der ukrainische Minister David Lammy und Andrii Sybiha. Die Hohe Vertreterin, Kaja Kallas, und der EU-Verteidigungskommissar, Andrius Kubilius, nahmen ebenfalls an den Gesprächen teil. Die EU-Minister warnten, dass die Zukunft der Ukraine sowohl Europa als auch Kiew einbeziehen müsse. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs mit dem kanadischen Premierminister

Am 12. Februar traf der kanadische Premierminister Justin Trudeau in Brüssel den Präsidenten des Europäischen Rates, António Costa, und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Sie betonten die starken Bindungen zwischen Kanada und der Europäischen Union, die insbesondere durch das Strategische Partnerschaftsabkommen (SPA) und das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) entstanden sind. Da nun drei Jahre seit der groß angelegten russischen Invasion in der Ukraine vergangen sind, erneuerten die Staatsoberhäupter ihre unerschütterliche Unterstützung für Kiew. [Fortsetzung](#)



Verlängerung der Aspides-Mission im Roten Meer

Der Rat der Europäischen Union hat am 14. Februar beschlossen, das Mandat der Maritimen Sicherheitsoperation ASPIDES zu verlängern, deren Ziel es ist, angesichts der Krise im Roten Meer die Freiheit der Schifffahrt zu gewährleisten. Die Verlängerung läuft bis zum 28. Februar 2026 und wird für den gesamten Zeitraum rund 17 Millionen Euro kosten. Ziel der Operation ist es, Informationen über Waffenschmuggel und Geisterflotten zu sammeln, um sie mit verbündeten Akteuren zu teilen. [Fortsetzung](#)

■ Deutschland :



Umfragen eine Woche vor den deutschen Bundestagswahlen

Eine Woche vor den für den 23. Februar angesetzten Bundestagswahlen in Deutschland wird die CDU/CSU mit 30% der Stimmen als stärkste Partei gehandelt. Die AfD könnte einen großen Durchbruch erzielen und fast 21% der Stimmen erhalten, weit vor der SPD, die mit 15% der Stimmen rechnen kann, und den Grünen mit 13%. Die FDP wäre mit 4 % nicht im Bundestag vertreten. [Fortsetzung](#)



Vorübergehende Grenzkontrollen um sechs Monate verlängert

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte am 12. Februar eine sechsmonatige Verlängerung der vorübergehenden Grenzkontrollen an, die im September im Namen der inneren Sicherheit und zur Bekämpfung der illegalen Migration eingeführt worden waren. Er sagt, dass diese Maßnahmen, die vom Grundsatz der Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums abweichen, jedoch die irreguläre Migration wirksam eindämmen würden. Die deutsche Regierung teilte der Europäischen Kommission mit, dass die Kontrollen um sechs Monate verlängert wurden. Die Kommission hatte im September darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Ausnahme handelt und die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden muss. [Fortsetzung](#)



Münchener Sicherheitskonferenz

Die Münchener Sicherheitskonferenz fand vom 14. bis 16. Februar dieses Jahres statt. Einige Redebeiträge prägten diese Ausgabe 2020 vor dem Hintergrund der Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Washington und Moskau über die Frage des Krieges in der Ukraine. Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, schlug vor, eine Notfallklausel auszulösen, die Verteidigungsausgaben innerhalb der Grenzen des EU-Haushaltsdefizits freistellen würde. US-Vizepräsident J.D. Vance hielt eine scharfe Rede gegen Europa, und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte seine Partner auf, eine europäische Armee zu schaffen. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Österreich :



Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP zur Bildung einer Regierungskoalition gescheitert.

Herbert Kickl, Chef der rechtsextremen Partei FPÖ, informierte am 12. Februar den Staatspräsidenten Alexander van der Bellen über das Scheitern der Verhandlungen mit der ÖVP. Diese Verhandlungen hatten am 6. Januar begonnen, nachdem die FPÖ bei den Parlamentswahlen am 29. September mit 29 % der Stimmen einen historischen Sieg errungen hatte. Das Scheitern der Verhandlungen könnte zu Neuwahlen führen, sofern nicht ein neuer Dialog zwischen anderen politischen Parteien wieder aufgenommen wird. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Spanien :



Lage im östlichen Mittelmeerraum

Nach einem Empfang durch den spanischen König Felipe VI traf die EU-Kommissarin für den Mittelmeerraum, Dubravka Šuica, am 10. Februar mit dem spanischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, die Europäische Union und Zusammenarbeit, José Manuel Albares, zusammen. Bei diesem Austausch erinnerten sie daran, dass Frieden und Stabilität im Nahen Osten das Eigentum der europäischen Politik im Mittelmeerraum sind. José Manuel Albares bekräftigte außerdem die Bereitschaft Spaniens, zur Stärkung der Mittelmeerpolitik der Union beizutragen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Frankreich :



Internationale Landwirtschaftsmesse

Der Salon International de l'Agriculture ist ein unumgänglicher Termin für die Welt der Landwirtschaft. Wie jedes Jahr kehrt die Veranstaltung vom 22. Februar bis zum 2. März nach Paris zurück, um ihre 61. Ausgabe unter dem Motto "Die Landwirtschaft, dieser französische Stolz!" zu feiern. Diese Ausgabe verspricht, die wesentliche Rolle der Landwirte bei der Sicherung der Ernährungssouveränität und der Ernährung der Bevölkerung hervorzuheben. [Fortsetzung](#)



Treffen mit dem indischen Premierminister

Der indische Premierminister Narendra Modi stattete Frankreich vom 10. bis 12. Februar einen offiziellen Besuch ab, bei dem er mit dem Präsidenten der Republik, Emmanuel Macron, zusammentraf. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten die beiden Regierungschefs eine gemeinsame Erklärung, die darauf abzielte, die Partnerschaft für Sicherheit und Souveränität im Rahmen der historischen defensiven Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu stärken und ihre Verpflichtungen in den Bereichen Ökologie und Wirtschaft zu bekräftigen, während sie gleichzeitig eine Neugestaltung des Multilateralismus forderten, um eine gerechte und friedliche Weltordnung zu erhalten. Darüber hinaus eröffneten Emmanuel Macron und Narendra Modi am 12. Februar ein indisches Generalkonsulat in Marseille, um die kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Indien zu festigen. [Fortsetzung](#)



Pariser Gipfeltreffen zur KI

Der Pariser Gipfel über Künstliche Intelligenz (KI) ging am 11. Februar zu Ende. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten fast 60 Länder und Organisationen, darunter unter anderem China, Indien und die Europäische Union, ein von den USA und Großbritannien abgelehntes Abkommen für eine integrative und nachhaltige KI, das die Bedeutung der Zugänglichkeit von KI und des multilateralen Dialogs über KI unterstreicht. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Vereinbarungen bestätigt, wie die Charta von Paris für eine Künstliche Intelligenz von allgemeinem Interesse, um die Offenheit und Transparenz einer nachhaltigen KI zu fördern, oder die Erklärung von Paris über die Aufrechterhaltung der menschlichen Kontrolle in Waffensystemen, die KI nutzen, um die Anwendung des humanitären Rechts zu gewährleisten. [Fortsetzung](#)

■ Italien :



Österreichisch-italienisches Treffen und Balkan-Treffen

Nach einem Treffen mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zur Stärkung der bilateralen österreichisch-italienischen Beziehungen nahm der amtierende österreichische Bundeskanzler Alexander Schallenberg am 10. Februar am Ministertreffen über den Westbalkan in Rom teil. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen einigten sich die Teilnehmer darauf, die strategische Zusammenarbeit zwischen der EU und den Balkanstaaten in verschiedenen Bereichen wie der Bekämpfung des organisierten Verbrechens oder von Hybrid- und Cyberbedrohungen zu stärken und gleichzeitig den europäischen Integrationsprozess der Region zu priorisieren. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Polen :



Regierung enthüllt massiven Investitionsplan in Höhe von 155 Milliarden €

Der polnische Premierminister Donald Tusk kündigte am 10. Februar einen Investitionsplan in Rekordhöhe von 155 Mrd. € für 2025 an, mit dem die Sicherheit Polens vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine gestärkt und das Wachstum angekurbelt werden soll. Der Regierungschef sagte außerdem, dass Polen das Ziel habe, die Volkswirtschaften der westlichen EU-Länder zu überholen, und versprach, ausländische Investitionen anzuziehen. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Rumänien :



Rücktritt von Präsident Klaus Iohannis

Der rumänische Präsident Klaus Iohannis gab am 10. Februar seinen Rücktritt bekannt. Er übermittelte ihn den Vorsitzenden des Senats und des Abgeordnetenhauses, um die ursprünglich für den 11. Februar angesetzte Debatte über den Antrag auf Aussetzung zu vermeiden. Im Parlament sah er sich mit einer Opposition konfrontiert. Er trat zurück, nachdem mehrere Abgeordnete der pro-europäischen Partei, USR, einen Antrag auf Suspendierung unterzeichnet hatten. Seit dem 12. Februar und für 90 Tage übernimmt der Senatspräsident und Interimschef der Nationalliberalen Partei, Ilie Bolojan, die Interimspräsidentschaft, bevor am 4. Mai und 18. Mai Neuwahlen abgehalten werden. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Armenien :



Parlament verabschiedet Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union

Das armenische Parlament verabschiedete am 12. Februar in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union und veranschaulichte damit den Willen Armeniens, das sich mit seinem traditionellen Verbündeten Russland überworfen hat, sich dem Westen anzunähern. Der Text wurde mit 63 zu 7 Stimmen angenommen und muss nun in zweiter Lesung behandelt werden. Die Regierung von Premierminister Nikol Paschinjan hatte ihn am 9. Januar den Abgeordneten vorgelegt. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Republik Moldau :



Der Generalsekretär des Europarates in Chisinau

Am 12. Februar reiste der Generalsekretär des Europarates, Alain Berset, zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Moldawien, mit dem Ziel, das Engagement des Rates für eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Land zu bekräftigen. Während seines Besuchs lancierte er den Aktionsplan 2025-2028, mit dem die für den EU-Beitritt wichtigen Reformen unterstützt werden sollen. Dieser Plan, der mit einem Budget von 30 Mio. € ausgestattet ist, deckt Bereiche wie Justiz, Medienfreiheit und Bekämpfung von Desinformation ab. Die moldauische Präsidentin Maia Sandu betonte die Bedeutung dieser Unterstützung angesichts der hybriden Bedrohungen, die auf die Demokratie in ihrem Land abzielen. [Fortsetzung](#)

■ Ukraine :



EIB-Hilfe von 1 Mrd. € für die ukrainische Entwicklung

Die Präsidentin der Europäischen Investitionsbank, Nadia Calvino, reiste am 10. Februar nach Kiew, wo sie mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zusammentraf. Sie betonte, dass die Ukraine ihre oberste Priorität sei, und kündigte Vereinbarungen zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von 1 Mrd. EUR an, um die Erholung und Entwicklung des Landes im öffentlichen und privaten Sektor zu fördern. Der Schwerpunkt liege dabei auf den Bereichen Bildung, Gesundheit und sauberes Wasser. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs zu Sicherheitsfragen in Paris

Am 17. Februar fand im Élysée-Palast in Paris ein Treffen über die europäische Sicherheit und die Lage in der Ukraine statt. An diesem informellen Gipfeltreffen nahmen die Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens, Italiens, Polens, Spaniens, der Niederlande und Dänemarks sowie der Präsident des Europäischen Rates, Antonio Costa, die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der NATO-Generalsekretär, Mark Rutte, teil. Angesichts des direkten Dialogs zwischen Washington und Moskau über die Ukraine forderten die europäischen Staats- und Regierungschefs die USA auf, sich weiterhin an der Sicherheit des Kontinents zu beteiligen. Trotz eines Konsenses über die Stärkung der Verteidigungskapazitäten bestehen weiterhin Meinungsverschiedenheiten über die Entsendung von Truppen, um ein mögliches dauerhaftes Friedensabkommen zu gewährleisten. [Fortsetzung](#)

■ Europäischer Menschengerichtshof :



Der EGMR verurteilt Russland wegen Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Am 11. Februar verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Russland wegen Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist. Seit Beginn seiner Invasion in die Ukraine hatte Russland gesetzliche Bestimmungen erlassen, die jede Äußerung oder Berichterstattung, die der offiziellen Darstellung widersprach, dass es sich bei der Invasion in die Ukraine um eine "militärische Sonderoperation" handelte, unter Strafe stellten. Der Gerichtshof stellte somit fest, dass es ein systemisches und weit verbreitetes Muster von Einschränkungen der Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine gibt, das auf ein koordiniertes Bemühen hindeutet, Kritiker zum Schweigen zu bringen, anstatt auf eine Bedrohung der nationalen Sicherheit zu reagieren. [Fortsetzung](#)

■ NATO :



Treffen der Verteidigungsminister der NATO

Die Verteidigungsminister der Atlantischen Allianz trafen sich am 13. Februar zu ihrem ersten Gipfeltreffen in Anwesenheit des neuen US-Verteidigungsministers Pete Hegseth. Zu den Ministern gesellten sich ihr ukrainischer Amtskollege Rustem Umerov sowie die Hohe Vertreterin der EU Kaja Kallas für einen NATO-Ukraine-Rat. Während sich das Bündnis im vergangenen Jahr verpflichtet hatte, der Ukraine 40 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, übertraf die geleistete Hilfe mit über 50 Milliarden Euro, die an das Land ausgezahlt wurden, die Erwartungen. Am Rande des Ministertreffens startete die Organisation zwei neue multinationale Initiativen, um den Schutz ihres Luftraums weiter zu verbessern. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Berichte / Studien :



Bericht der Kommission über die Gleichstellung der Geschlechter in der Forschung

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 11. Februar den neuen Bericht ihrer Publikationsreihe "She Figures", in der seit 2003 Statistiken zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Forschung und Innovation präsentiert werden. Der Bericht zeigt, dass Frauen in diesem Bereich, insbesondere in Führungspositionen, weitgehend unterrepräsentiert sind, was eine Bedrohung für das europäische Innovationspotenzial darstellt. In kritischen Bereichen wie dem IKT-Sektor ist die Kluft sogar noch größer, was den Mangel an Fachkräften, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit dieser Kreise verschärft. [Fortsetzung](#)



Bericht des Rechnungshofs über die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa

In einem am 12. Februar veröffentlichten Bericht erkennt der Europäische Rechnungshof die Sofortmaßnahmen an, die die Europäische Union bei der Massenankunft von Menschen aus der Ukraine ab 2022 ergriffen hat. Die Union hat insbesondere die Regeln ihrer Kohäsionspolitik mit 3 sogenannten CARE-Verordnungen angepasst, um die Anwesenheit von 4,2 Millionen ukrainischen Flüchtlingen bis Ende Oktober 2024 auszugleichen. Der Rechnungshof erkennt die Komplexität der Umsetzung dieser Fonds an und ist der Ansicht, dass die Projekte effizient ausgewählt werden konnten. Er stellt jedoch Mängel bei der Überwachung der zugewiesenen Mittel und einen Mangel an spezifischen Daten über die Anzahl der Hilfsprogramme für ukrainische Flüchtlinge fest, was die Messung der Wirksamkeit von CARE unmöglich macht. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Eurobarometer :



Bericht über die Nutzung von KI in der Arbeitswelt.

Eine Eurobarometer-Umfrage über die Wahrnehmung von Künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt wurde am 13. Februar veröffentlicht. 62% der Befragten haben eine positive Wahrnehmung von KI und sind davon überzeugt, dass diese Technologien positive Auswirkungen auf ihre Arbeit, die Wirtschaft und ihre Lebensqualität haben werden. Darüber hinaus sind 70% der Befragten der Ansicht, dass sie die Produktivität steigern wird. Dennoch befürworten 84 % einen sorgfältigen Umgang mit diesen Technologien, um die Privatsphäre zu wahren und Transparenz in der Arbeitswelt zu gewährleisten [Fortsetzung](#)

■ Kultur :



Die Entdeckung der Entwicklung Ägyptens in London.

Das Young V&A in London zeigt bis zum 2. November seine Ausstellung "Making Egypt". Die Veranstaltung bietet eine Reise durch die antike Vergangenheit bis in die Gegenwart und erkundet die Kreativität des alten Ägyptens und seinen anhaltenden Einfluss auf Kunst, Design und die zeitgenössische Populärkultur. [Fortsetzung](#)



Am Faden des Goldes in Paris

Das Musée du Quai Branly-Jacques Chirac zeigt bis zum 6. Juli eine Ausstellung, die dem geheimnisvollen und faszinierenden Ursprung des Goldes und seiner Verbindung mit der Textilkunst gewidmet ist. Gold wurde vor fast 7000 Jahren entdeckt und ist das wertvollste und edelste Metall der Welt. Es ist ein Objekt der Begierde, ein Symbol für Reichtum und Prunk. In einem Dialog, der wissenschaftliche Entdeckungen mit künstlerischen Perspektiven verbindet, enthüllt die Präsentation die Schönheit, die Vielfalt und den Reichtum der Trachten einer weiten Region, die vom Maghreb über den Nahen Osten, Indien und China bis nach Japan reicht. [Fortsetzung](#)



Die Entwicklung der Weltuntergangserzählungen in Göteborg

Das Schwedische Kunstmuseum in Göteborg zeigt bis zum 18. Januar 2026 die Ausstellung "Die Apokalypse: Vom Jüngsten Gericht zur Klimabedrohung". Anhand einer Auswahl von Skulpturen, Gemälden und Videos erkundet diese Veranstaltung fünf Jahrhunderte apokalyptischer Kunst, von Darstellungen des Jüngsten Gerichts bis hin zu zeitgenössischen Visionen von Klimakatastrophen, Kriegen und technologischen Fortschritten. Die Werke beleuchten die Entwicklung der Erzählungen vom Ende der Welt im Laufe der Jahrhunderte. [Fortsetzung](#)

belvedere

"Klimt: Pigment und Pixel" in Wien

Noch bis 7. September zeigt das Belvedere Museum in Wien die Ausstellung "Gustav Klimt – Pigment & Pixel". Diese Ausstellung findet statt, nachdem neuere Analysen eine neue Perspektive auf die Praktiken und Arbeitsmethoden dieses Malers geboten haben. [Fortsetzung](#)



Luxus, Ruhe und Genuss in Cannes

Im Palais des festivals et des congrès in Cannes ist bis zum 20. April eine Präsentation zu sehen, die der Schönheit der mediterranen Landschaften gewidmet ist. Diese Ausstellung lässt das Publikum in die zeitlose Anziehungskraft des goldenen Zeitalters des Mittelmeers eintauchen, ein Land der Inspiration, in dem Natur und Kunst für Generationen moderner und zeitgenössischer Künstler wie Monet, Picasso oder Matisse miteinander verflochten sind. [Fortsetzung](#)

Le Greco in Madrid

Bis zum 15. Juni zeigt das Prado-Museum in Madrid eine Ausstellung, die Domínikos Theotokópoulos, genannt El Greco, gewidmet ist, einem Maler griechischer Herkunft, der sich in Spanien niedergelassen hat. In Zusammenarbeit mit dem Chicago Art Institute wird eine große Mehrheit der Werke gezeigt, die der Künstler zwischen 1577 und 1579 für das Kloster Santo Domingo el Antiguo in Toledo gemalt hat, darunter die berühmte Himmelfahrt der Jungfrau Maria. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 18/02/2025

Rat Wirtschaft und Finanzen

 23. Februar 2025

Bundestagswahlen (Deutschland)

 24/02/2025

Rat Landwirtschaft und Fischerei und Rat Auswärtige Angelegenheiten (Brüssel)

 24. Februar 2025

Assoziationsrat EU-Israel (Brüssel)



Der Buchstabe n°1099

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 18. Februar 2025

 **Ich lade runter**

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

**Helen Levy, Juliette Bachschmidt ;
Catherine d'Angelo, Maxime Painot,
Lilian Lallemand, Fabio Tomasic, Marie
Cohignac**

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Elise Bernard

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}